

Multilateraler Verbund

Möglichen Beitrittsländern könnte in der Europäischen Union eine neue Form der Zusammenarbeit angeboten werden. Neben der Vollmitgliedschaft fordert das Europäische Parlament (EP), einen „multilateralen Verbund“ als „dritte Säule der Europäischen Außenpolitik“ aufzubauen. Er soll eine enge Anbindung von Beitrittsländern an europäische Normen und Prozesse gewährleisten, „ohne die Aufnahmefähigkeit der EU zu überfordern“, befand der Auswärtige Ausschuss des EP.

KONSENS ÜBER KONZEPT

Das Konzept ist mit großer Mehrheit mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Konservativen und der Grünen beschlossen worden, erläuterte Elmar Brok MdEP, Präsident der Europa-Union und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des EP, in Berlin. In dem Bericht wird die EU-Kommission aufgefordert, bis zum 31. Dezember ein Strategiekonzept für die Grenzen der künftigen EU zu entwickeln. Das Konzept soll sicherstellen, dass die EU finanziell nicht überfordert wird, handlungsfähig bleibt und dabei transparenter und bürgerfreundlicher wird.

TÜREN OFFEN HALTEN

Damit will das Parlament der wachsenden Euroskepsis der Bevölkerung begegnen und den stockenden Ratifizierungsprozess der Europäischen Verfassung wiederbeleben – Hauptthemen auch in der Rede des deutschen Bundespräsidenten Horst Köhler vor dem EP. Mit Blick auf den Reformprozess im westlichen Balkan darf die Integration nicht nur auf technokratischen Kriterien basieren, sondern soll eine umfassende „Verinnerlichung der Grundsätze der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit“ gewährleisten, bekräftigt das EP.



Auch Bundeskanzlerin Merkel reihte sich ein in die Gratulanten: Kommissionspräsident José Manuel Barroso feierte auf dem EU-Frühjahrgipfel seinen 50. Geburtstag

Bild: Österreichische Ratspräsidentschaft/HOPI-Media

Energiepolitik auf dem Weg

Die EU-Staaten wollen enger zusammenrücken, um ihre Energieversorgung auch in Zeiten knapper werdender Öl- und Gasvorräte zu sichern. Die Staats- und Regierungschefs schoben auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates in Brüssel Streit über nationale Blockaden europäischer Gas- und Stromkonzerne beiseite, um den Startschuss für eine gemeinsame Energiepolitik zu geben. EU-Kommissionspräsi-

dent José Manuel Barroso sagte, dieser Gipfel werde als der Beginn einer gemeinsamen Energiepolitik in die Geschichte eingehen. Erstmals nach dem Scheitern der EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden und dem Streit um die EU-Finzen im vergangenen Jahr zeigte die Gemeinschaft wieder Geschlossenheit. Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach trotz wenig verbindlicher Beschlüsse von einem „wirklich qualitativen Fortschritt“. Einen Durchbruch erreichte der Gipfel im Streit um die Dienstleistungsrichtlinie durch eine überraschende Unterstützung des Kompromissvorschlags des Europäischen Parlaments. ♦

REFORMTEMPO ERHÖHEN

Aktuell fordert das Parlament eine aktivere Haltung auf allen Seiten bei der Rückkehr und Reintegration von Flüchtlingen. Das EP versteht sein Konzept ausdrücklich nicht als Hindernis für einen EU-Beitritt, sondern als neuen Weg für beitriftswillige Staaten. Es gilt auch für die aktuellen Verhandlungen. Die Türkei etwa muss – trotz erster Erfolge wie der Einstellung des Verfahrens gegen den Schriftsteller Orhan Pamuk – das Reformtempo deutlich erhöhen. ♦

Aus dem Inhalt

Deutschland Spitze bei Erasmus	2
EU-Strategieplanung 2007	2
Mut zur Mission Europa	3
EU-Haushaltskompromiss noch nicht in trockenen Tüchern	4/5

Strategieplanung

Seine Strategieplanung für 2007 hat der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, dem Europäischen Parlament vorgelegt. Sie formuliert das Arbeitsprogramm der Kommission für 2007 und bildet die Grundlage für den Dialog mit dem Rat und dem Europäischen Parlament. „Das Vertrauen der Bürger in Europa hängt davon ab, was wir tun und wie wir es tun“, sagte Präsident Barroso vor seiner Rede im Europäischen Parlament. „2007 wird ein kritisches Jahr für die Verwirklichung von Vorgaben.“

50 JAHRE RÖMISCHE VERTRÄGE

So steht 2007 das 50. Jubiläum der Römischen Verträge an. Wenn Bulgarien und Rumänien die Beitrittsvoraussetzungen erfüllen, werden dann 27 Partner am europäischen Tisch Platz nehmen. Das Jahr bietet somit eine Gelegenheit, die nächsten Schritte der Integration zu konzipieren. Die Einigung über die Finanzielle Vorausschau 2007 bis 2013 bedeutet zudem den Beginn neuer Förderprogramme. Die Kommission

wird darüber hinaus den Haushalt der Union umfassend prüfen, woraus 2008 bis 2009 ein Weißbuch hervorgehen soll.

WACHSTUM IST OBERSTES ZIEL

Als wichtigstes Ziel für 2007 gilt aber nach wie vor das Wachstum. Nur so können mehr Arbeitsplätze in Europa geschaffen und eines der größten Anliegen der Bürger erfüllt werden. Da die makroökonomischen Aussichten inzwischen freundlicher sind, muss jede Gelegenheit genutzt werden, um das Tempo der Reformen zu beschleunigen. Vorrang hat also die Umsetzung der erneuerten Lissabon-Strategie. Hierbei muss nachgewiesen werden, dass Kohäsion, Solidarität und Umweltschutz mit den Wachstums- und Beschäftigungszielen vereinbar sind.

ENERGIEPOLITIK UND SICHERHEIT

Äußerste Priorität gilt auch der Verwirklichung einer Europäischen Energiepolitik, ferner der Ausdehnung des Schengengebiets auf die und zwischen den neuen Mitgliedstaaten sowie der verstärkten Prävention für die Sicherheit und den Schutz der Bürger. Um diese Ziele umzusetzen, muss



EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso stellt seine Strategie für 2007 vor

Bild: EU-Kommission

die EU außenpolitisch kohärenter handeln. Außerdem bedarf es einer ernsthaften Partnerschaft zwischen den europäischen Institutionen.

INITIATIVEN DER KOMMISSION

Die jährliche Strategieplanung stützt sich nicht so sehr auf Einzelmaßnahmen, welche die Kommission 2007 ergreifen wird. Vielmehr legt sie den Schwerpunkt auf die Verantwortung der Kommission für politische Initiativen. Gleichzeitig wird die Kommission jedoch weiterhin dafür eintreten, dass die Gemeinschaftsmaßnahmen umgesetzt werden und dass das Gemeinschaftsrecht konsequent angewandt wird. ■

Deutschland Spitze bei Erasmus

Unter deutschen Studenten wird das Erasmus-Austauschprogramm immer beliebter. Im akademischen Jahr 2004/2005 gingen 22.427 Studenten aus Deutschland mit dem EU-geförderten Programm an eine andere Hochschule im europäischen Ausland. Das ist ein Zuwachs gegenüber dem Vorjahreszeitraum von gut neun Prozent. Auch von 2002/2003 auf 2003/2004 ist die Zahl der Erasmus-Studenten aus Deutschland in einer ähnlichen Größenordnung gewachsen.

BETEILIGUNG SOLL WACHSEN

Wie aus dem in Brüssel veröffentlichten Erasmus-Jahresbericht der Kommission weiter hervorgeht, nimmt Deutschland damit vor Frankreich und Spanien in absoluten Zahlen die Spitzenstellung in Europa ein. Das

Bild relativiert sich allerdings, wenn man die Zahl der Erasmus-Studenten mit der Einwohnerzahl in Bezug setzt. Dann landet Deutschland lediglich auf Platz 19 der 25 EU-Staaten. Spitzenreiter sind dann die Finnen, Spanier und Österreicher. Von den einwohnerstarken Mitgliedstaaten schneidet nur Großbritannien noch schlechter ab als die Bundesrepublik. „Ich würde mir wünschen, dass deutsche Studenten sich noch mehr am Erasmus-Programm beteiligen“, sagte der für Bildung zuständige EU-Kommissar Jan Figel.

GESAMTZAHL DER STUDENTEN GESTIEGEN

Die Gesamtzahl der Erasmus-Studenten ist im akademischen Jahr 2004/2005 auf 144.037 gegenüber 135.586 im Vorjah-

reszeitraum gestiegen. Besonders groß sind die Zuwächse bei den neuen Mitgliedstaaten aus Osteuropa, die durchschnittlich 36 Prozent mehr Studenten ins Ausland schickten. Die beliebtesten Zielländer der Studenten sind Spanien, Frankreich und Deutschland. An der Spitze der Fächerkombinationen steht Betriebswirtschaftslehre gefolgt von Sprachen und Sozialwissenschaften.

DEUTSCHLAND BEI DOZENTEN BELIEBT

Beim Dozentenaustausch über Erasmus ist die Bundesrepublik das am häufigsten besuchte Land: 2.623 Lehrer kamen nach Deutschland, gefolgt von Frankreich (2.261) und Italien (1.897). Am Erasmus-Austauschprogramm nehmen die 25 EU-Staaten sowie Liechtenstein, Island, Norwegen, Bulgarien, Rumänien und die Türkei teil. ■

Mut zur Mission Europa!

Der deutsche Bundespräsident vor dem Europäischen Parlament

Am 14. März hat Bundespräsident Köhler sich mit einer europapolitischen Grundsatzrede in Straßburg in die aktuelle Debatte zur Zukunft Europas ein weiteres Mal aktiv eingeschaltet und dazu aufgerufen, die derzeitigen Herausforderungen als Chance zur Erneuerung und Festigung der europapolitischen Ziele zu sehen.

Ein Blick auf die Website des derzeitigen österreichischen Ratspräsidenten zeigt, dass die vom Europäischen Rat 2005 „verordnete“ Denkpause – nach den negativen Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden – auch von anderen Intellektuellen und politischen Pragmatikern intensiv genutzt wird. Das reicht von eher konventionellen Vorschlägen, wie sie der österreichische Bundeskanzler Schüssel in seiner „Special Churchill Lecture“ in Zürich am 2. November 2005 mit dem „Mut zur Führung“ formuliert hat, über fast euphorische Einschätzungen des britischen Premierministers Tony Blair, der das Debakel um die Dienstleistungsrichtlinie und die Debatte zur Arbeitszeitrichtlinie geradezu als Beispiele für eine erfolgreiche strategische Neuaufstellung in der europapolitischen Debatte sieht.

MEHR ALLTAGSTHEMEN DISKUTIEREN

In seiner Oxforder Grundsatzrede vom 2. Februar 2006 weist er darauf hin, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr an wirklichen Lösungen der sie betreffenden Fragen als an politischen Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit der Institutionen interessiert seien. Mit anderen Worten: weniger Verfassungsdebatten und mehr politische Diskussion zu europapolitischen Alltagsthemen wie z. B. dem aktuell im Europaparlament diskutierten Aktionsprogramm Gesundheit und Verbraucher. Zu den unüberhörbar eher pragmatischen Europakommentaren gehören auch Einlassungen wie die des polnischen Präsidenten Lech Kaczynski anlässlich seines Berliner Antrittsbesuchs am 9. März 2006. Für ihn ist die EU ein „künstliches Gebilde“ mit einem „symbolischen Budget“

und „ohne europäische Öffentlichkeit“. Am gleichen Tag hat sich in Wien Jürgen Habermas für eine größere Handlungsfähigkeit Europas und für ein Referendum – parallel zu den nächsten Europawahlen – ausgesprochen, in dem die Bürgerinnen und Bürger („mit doppelter Mehrheit“) die Fragen eines europäischen Außenministers, eines direkt gewählten Präsidenten und einer eigenen Finanzbasis für Europa entscheiden sollten.

MEHR INTEGRATION GEFORDERT

Mehr und nicht weniger Integration fordert auch der belgische Ministerpräsident Guy Verhofstadt, der ein Manifest für die „Vereinigten Staaten von Europa“ vorgelegt hat. Das „Kerneuropa-Konzept“ steht auch bei ihm im Mittelpunkt, wobei er „zwei konzentrische Kreise“, den „Euro-Raum“ als „Vereinigte Staaten von Europa“ und einen losen Staatenbund als Organisation europäischer Staaten sieht. Auch er strebt einen gemeinschaftsweiten „Referendumstag“ an.

CHEFSACHE EUROPA

Bundespräsident Köhler ist vor dem Europäischen Parlament auf die verschiedenen vorliegenden Vorschläge leider nicht im Einzelnen eingegangen, aber er machte deutlich, dass es auch in der Vergangenheit die kreativen Kräfte Europas gewesen sind, die aus Krisen immer auch Konzepte für neue, entscheidende Weichenstellungen entwickelt haben. Nicht zuletzt mit der „Dresdener Forderung für den Zusammenhalt Europas“ zeigt der Bundespräsident, dass er Europa wirklich zur Chefsache und zu seiner „Mission“ gemacht hat. Dass bei der Formulierung dieser Erklärung, an der sich sogar der nicht gerade europhile tschechische Präsident Vaclav Klaus beteiligt hat, vor allem auch junge Europäer und Europäerinnen – zum Teil Erasmus-Studenten – beteiligen konnten, macht diesen Text hoffentlich nachhaltiger als manche Resolution des Europäischen Parlamentes, das mit seiner kürzlichen Erklärung, die Verfassung werde so oder so 2009 in Kraft treten, für eine eher negative Debatte in europapolitisch skeptischen Kreisen gesorgt hat. Auch hier ist der Bundespräsident gefordert, für mehr Sensibilität in der Debatte zu sorgen.

*Ulla Kalbfleisch-Kottsieper
Vizepräsidentin der Europa-Union Deutschland*



EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso (r.) mit Bundespräsident Horst Köhler bei dessen Besuch im Europäischen Parlament in Straßburg
Bild: EU-Kommission

Kompromiss zum EU-Haushalt noch nicht in trockenen Tüchern

Am 17. Dezember 2005 haben sich die EU-Staats- und Regierungschefs nach langen und mühsamen Verhandlungen auf einen Haushalt für die Jahre 2007 bis 2013 in Höhe von insgesamt 862,4 Mrd. Euro geeinigt. Dies entspricht 1,045 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) der EU. Das Haushaltsvolumen liegt damit in etwa in der Mitte der britischen und der luxemburgischen Vorschläge von 1,03 % BNE bzw. 1,06 % BNE, bleibt aber weit hinter den Vorstellungen der Kommission und des Europäischen Parlaments von 1,14 % BNE zurück.

Im jetzt ablaufenden Finanzrahmen 2000 bis 2006 lag die Obergrenze noch bei 700 Mrd. Euro. Die Veränderung ergibt sich vor allem aus der EU-Erweiterung und dem Wachstum des Bruttosozialprodukts.



Die deutsche Delegation mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Frank-Walter Steinmeier beim EU-Gipfel zur Finanzplanung 2007-2013
Bild: EU-Kommission

AUSGABENBEREICHE DES EU-HAUSHALTS 2007-2013 nach dem Beschluss des Europäischen Rates vom 17. Dezember 2005		in Mrd. Euro:
Struktur- und Kohäsionspolitik:		307,62
Agrarpolitik:		293,11
Naturschutz/Ländlicher Raum:		78,14
Wachstum und Beschäftigung:		72,12
Verwaltung:		50,30
Außen- und Entwicklungspolitik:		49,27
Justiz und Inneres:		10,27
Heranführung neuer Mitgliedstaaten:		1,00

BRITENRABATT SINKT

Auch Großbritannien beteiligt sich ab 2011 dauerhaft an den Kosten der EU-Erweiterung mit einer Senkung seines Rabatts. Die zusätzlichen Finanzbeiträge Großbritanniens dürfen in der kommenden Förderperiode allerdings 10,5 Mrd. Euro nicht übersteigen. Im Gegenzug akzeptierte Frankreich eine Revisionsklausel, die vorsieht, dass die Staats- und Regierungschefs ab 2008/2009 auf der Grundlage

eines Kommissionsberichts überprüfen, ob die Einnahmen und Ausgaben des Haushalts angemessen sind.

Von 2007 bis 2013 stehen 308 Mrd. Euro für die Struktur- und Kohäsionspolitik zur Verfügung. Dabei sollen vor allem die Mittel für die neuen Mitgliedstaaten aufgestockt werden. Diese sollen 157 Mrd. Euro erhalten. 151 Mrd. Euro sollen den alten Mitgliedstaaten zu Gute kommen. Die Strukturfondsmittel werden somit nach

der Vereinbarung des Europäischen Rates noch stärker als von der Kommission vorgesehen auf die bedürftigsten Regionen konzentriert. Gleichwohl werden die Ziel-1-Regionen in den alten EU-Staaten künftig weniger Mittel als in der vorausgegangenen Förderperiode erhalten.

Die rund 308 Mrd. Euro für die Strukturpolitik verteilen sich auf die Bereiche:

- **Konvergenz für die wirtschaftsschwächsten (Ziel -1-) Gebiete** mit 252,2 Mrd. Euro (81,9 % der Gesamtmittel). Dieses Förderziel betrifft in Deutschland vorrangig die neuen Länder.
- **Wettbewerb und Beschäftigung** mit 48,4 Mrd. Euro (15,7 % der Gesamtmittel). Künftig wird es für diese Förderziele keine geographisch festgelegten Fördergebiete mehr geben.
- **Territoriale Zusammenarbeit** mit 7,5 Mrd. Euro (2,4 % der Gesamtmittel). Diese Gelder sind für die grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit bestimmt.

AUSWIRKUNGEN FÜR DEUTSCHLAND

Als eines der wirtschaftlich stärksten Länder der EU wird Deutschland auch in

der kommenden Förderperiode Nettozahler bleiben. 2004 kamen auf Deutschland Netto-Belastungen in Höhe von 7,1 Mrd. Euro zu. Nach Schätzungen der Bundesregierung wird sich die Höhe der jährlichen Netto-Belastungen im Zeitraum 2007 bis 2013 jährlich auf etwa 10,5 Mrd. Euro belaufen. Die Bundesregierung geht davon aus, dass die jährlichen Abführungen an den EU-Haushalt im Zeitraum 2007 bis 2013 eine Größenordnung von insgesamt etwa 23,7 Mrd. Euro haben dürften.

Nach vorliegenden vorläufigen Schätzungen auf der Grundlage des Beschlusses des Europäischen Rates kann Deutschland im Bereich der EU-Strukturfonds im Förderzeitraum 2007 bis 2013 voraussichtlich mit EU-Mitteln in Höhe von 23,1 Mrd. Euro rechnen, davon sind 14,1 Mrd. Euro für Ziel-1-Gebiete (also insbesondere die neuen Bundesländer) und bis zu 8,1 Mrd. Euro für Ziel-2-Gebiete (strukturpolitische Maßnahmen in den alten Bundesländern). Hinzu kommen 861 Mio. Euro für die grenzüberschreitende, interregionale und transnationale Zusammenarbeit im Rahmen des neuen Zieles 3.

EUROPÄISCHES PARLAMENT VERLANGT MITSPRACHE

Damit der Finanzkompromiss für einen siebenjährigen Finanzrahmen in Kraft treten kann, muss eine Übereinkunft in Form einer interinstitutionellen Vereinbarung zwischen den beiden Teilen der EU-Haushaltsbehörde Rat und Parlament unter Einbeziehung der Kommission gefunden werden. Das Europäische Parlament hat den Finanzkompromiss des Europäischen Rates am 18. Januar 2006 mit 541 zu 56 Stimmen abgelehnt. Begründet wurde die Ablehnung zum einen mit der unzureichenden Ausstattung des Haushaltes. Kritisiert wurde aber vor allem auch die Haushaltsstruktur. Demnach werde zu viel Geld für Struktur- und Agrarfonds und zu wenig für zukunftsgerichtete Politiken ausgegeben. Insbesondere setzt sich das Parlament für eine Erhöhung des Mitteleinsatzes in den Bereichen Lebenslanges Lernen, Erasmus-Mundus, Galileo, Gesundheit und Verbraucherschutz, der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie bei den Beitrittsbeihilfen ein.

Mit ihrem neuen Vorschlag vom 1. Februar 2006 für eine interinstitutionelle Vereinbarung der beteiligten Institutionen hat die Kommission versucht, der Diskussion um den zukünftigen Finanzplan neuen Schwung zu verleihen. Durch mehr Flexibilität, einen neuen Europäischen Globalisierungsfonds sowie eine umfassende Überprüfung des EU-Haushalts soll ein Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Positionen gefunden werden.

RASCHE ENTSCHEIDUNG ERWÜNSCHT

Die Verhandlungen sollen möglichst noch im April 2006 abgeschlossen werden. Nur dadurch wird die Zeit ausreichen, die Programme weiter vorzubereiten, um sie ab Januar nächsten Jahres in vollem Umfang umsetzen zu können. Um auf die laufenden Verhandlungen Druck auszuüben, hat der Haushaltsausschuss des EP am 6. März 2006 beschlossen, die interinstitutionelle Vereinbarung von 1999 formal zu kündigen und nur noch jährliche Haushalte zu erstellen, wenn bei den kommenden Gesprächen zwischen EP, der österreichischen Präsidentschaft und EU-Kommission keine Fortschritte erzielt werden.

Positiv ist zu vermerken, dass die Staats- und Regierungschefs der 25 EU-Staaten im letzten Dezember überhaupt dazu in der Lage waren, in dieser schwierigen Frage eine Entscheidung zu treffen. Allerdings ist das letzte Wort hinsichtlich der finanziellen Vorausschau noch nicht gesprochen. Die Mitentscheidung über den Haushalt ist das Königsrecht jedes Parlaments, und das Europäische Parlament wird mit Nachdruck die Beachtung seiner institutionellen und politischen Stellung einfordern. Zu wünschen ist eine rasche Einigung, bei der die finanziellen Möglichkeiten der Mitgliedstaaten beachtet werden, die EU aber zugleich mit den Finanzmitteln ausgestattet wird, die sie zur Erfüllung ihrer wichtigen Aufgaben benötigt.

*Dr. Otto Schmuck
Leiter der Abteilung Europa
der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz
beim Bund und der EU*

Kurz notiert

HIGH SPEED INTERNET FÜR ALLE

Bis 2010 soll allen Haushalten in Europa der Zugang zur Breitbandtechnologie ermöglicht werden. In der Strategie zur „Überwindung der Breitbandkluft“ plant die EU-Kommission gezielte Beihilfen, um das High Speed Internet auch in ländlichen Gebieten einzuführen. Dafür steht etwa der Fonds für die ländliche Entwicklung mit einem Volumen von 70 Mrd. Euro für 2007 bis 2013 zur Verfügung. In der EU verfügen 13 Prozent der Bevölkerung über einen Breitbandzugang.

ZUSCHAUER SCHÜTZEN

Mit der Modernisierung der Fernsehrichtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“ soll der Zuschauer künftig besser vor rassistischem und religiösem Hass geschützt werden. Die nationalen Rundfunkaufsichtsbehörden der EU-Mitgliedstaaten sowie aus Kroatien, der Türkei, Norwegen und Liechtenstein unterstützen den Vorschlag der EU-Kommission, Programme, die zu Hass anstacheln, zu verbieten. Zudem soll ein Intranet-Forum die Kooperation zwischen den Regulierungsbehörden verbessern.

VERSTÖSSE GEGEN DAS WAHLRECHT

Nach der zweifelhaften Wiederwahl Alexander Lukaschenkos zum Präsidenten Weißrusslands fordert das Europäische Parlament Sanktionen. Die Wahlrechtsverstöße werden nicht ohne Konsequenzen sein, hieß es in einer Mitteilung des Europaparlaments. Bereits im Vorfeld der Wahl hatte die EU die Einschüchterung und Behinderung der Opposition kritisiert. Die EU-Kommission berät nun über Strafen: So könnten die Einreise-Beschränkungen für Vertreter des autoritären Regimes ausgeweitet werden.

Initiativen für den Bürgerdialog

Die UEF verstärkt ihre Initiativen für den Bürgerdialog und die Zusammenarbeit mit ihrer deutschen Sektion Europa-Union. Die Generalsekretäre Dr. Friedhelm Frischenschlager und Bernd Hüttemann haben Ende März in Brüssel unterschiedliche Möglichkeiten einer engeren Kooperation erörtert. So wird sich die UEF an

der inhaltlichen Organisation des von der Europa-Union geplanten Bürgerforums zum Europa-Dialog beteiligen, das am 20. Mai in Köln stattfindet. Unter dem Motto „Mehr Europa gemeinsam gestalten: für mehr Demokratie, Dialog, Diskussion“ wird unter internationaler Beteiligung diskutiert, ob und wie man „mehr Europa zum Thema machen“ kann. Die öffentliche Veranstaltung findet im Vorfeld der Bundesausschusstagung der Europa-Union statt. Weitere Kooperationspartner sind das Centre International de Formation Européenne

und der Kreisverband Köln der Europa-Union. Nach Köln sollen auch die Generalsekretäre der nationalen Sektionen und Räte der UEF und der Internationalen Europäischen Bewegung eingeladen werden, die individuelle Mitglieder haben. Ziel ist es, gemeinsam mit der Internationalen Europäischen Bewegung in den kommenden Monaten eine Strategie zu entwickeln, wie die Basisarbeit und Zusammenarbeit für individuelle Mitglieder verbessert werden kann. Das Papier sollte auch die Strategiepapiere der Europa-Union reflektieren. ■

Vor 60 Jahren ging alles an

Für die Europäische Bewegung und die Europäischen Föderalisten bedeutende historische Daten jähren sich in diesem Jahr zum sechzigsten Mal: Am 19. September 1946 fordert Winston Churchill in seiner berühmten Rede vor der Jugend in Zürich die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa. Zur gleichen Zeit kommen auf Einladung der Europa-Union Schweiz Föderalisten aus ganz Europa in Hertenstein am Vierwaldstätter See zusammen. Sie beschließen am 21. September 1946 ein 12-Punkte-Aktionsprogramm. Das „Hertensteiner Programm“ bildet noch heute die programmatische Grundlage der Europa-Union Deutschland, die sich in Paragraph 2 der Bundessatzung zu dessen Grundsätzen bekennt.

Am 9. Dezember 1946 gründet sich in Syke bei Bremen die deutsche Europa-Union. Die Union Europäischer Föderalisten (UEF) geht am 17. Dezember 1946 in Paris aus dem Zusammenschluss der wichtigsten föderalistischen Verbände in Westeuropa hervor.



Winston Churchill: Nach Kriegsende wichtiger Impulsgeber für die Europäische Bewegung
Bild: dpa-Archiv

diesjährigen Aktion „Wege nach Europa“ ein. Die Europa-Union setzt damit auch in diesem Jahr ihre erfolgreiche Projektreihe fort. Das Programm sieht die individuelle An- und Abreise der Teilnehmer vor und zwei Übernachtungen in Zürich. Die internationale Tagung läuft von Freitag Nachmittag (22.9.) bis Samstag Abend (23.9.). Sonntag Vormittag (24.9.) wird ein entsprechendes Rahmenprogramm angeboten.

Der 60. Jahrestag der Europa-Union Deutschland wird im Gründungsort Syke am 9. Dezember mit einem Festakt begangen. Die Jubiläumsveranstaltung ist zugleich Auftakt für den Bundeskongress, der am 10. Dezember in Bremen mit der inhaltlichen und verbandspolitischen Debatte fortgesetzt wird. Die Landesverbände Niedersachsen und Bremen unterstützen das Generalsekretariat bei der Vorbereitung. Die Freunde des Kreisverbandes Diepholz

arbeiten bereits seit Wochen engagiert an der konzeptionellen Planung und Organisation des Jubiläums vor Ort in Syke. Ein vielfältiges und anspruchsvolles Programm erwartet die Mitglieder, Freunde und Gäste der Europa-Union.

Interessenten sind herzlich zu den Veranstaltungen eingeladen. Für weitere Informationen und Einladungen bitte unten stehenden Coupon einsenden oder sich unter den bekannten Rufnummern an das Generalsekretariat in Berlin wenden! ■

COUPON

Ich/Wir bitte(n) um Aufnahme
in den Einladungsverteiler
für folgende Veranstaltungen des
Bundesverbandes der Europa-Union 2006:
(Zutreffendes bitte ankreuzen)

20. Mai, Köln:
Bürgerforum „Mehr Europa
Gemeinsam gestalten“
22. - 24. September, Zürich:
Aktion „Wege nach Europa 2006“
9. Dezember, Syke:
Jubiläumsveranstaltung
60 Jahre Europa-Union Deutschland
10. Dezember, Bremen:
Bundeskongress

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Wohnort

E-Mail

Bitte senden an:
Europa-Union Deutschland
Bundesalle 22, 10717 Berlin
oder per Fax: (0 30) 88 41 22 47

VERANSTALTUNGSHINWEISE

Die Verbände bereiten sich auf die Jubiläen vor. UEF, Europa-Union Deutschland und die Neue Europäische Bewegung Schweiz planen am 22. und 23. September eine gemeinsame Veranstaltung in Zürich zum Jahrestag der Churchill-Rede und des Hertensteiner Programms. Das internationale Treffen in der Schweiz wird Ziel der

Niedersachsen

Kreisverband Osterholz Rumänien und Bulgarien an der Tür zur EU

Auf Einladung des Kreisvorsitzenden, Marcus Oberstedt, berichtete die Bremer Europa-Abgeordnete Helga Trüpel über Fortschritte bei der Erweiterung der Europäischen Union. Schwerpunkt waren die Kandidaten Rumänien und Bulgarien und deren Stand bei der Erreichung der sich die beitragswilligen Staaten an die Kopenhagener Kriterien. Ob Rumänien und Bulgarien, die zum 1.1.2007 der EU beitreten werden, diese rechtsstaatlichen Wertmaßstäbe befolgen oder welche Anstrengungen sie unternehmen, um sie zu erreichen, darüber wache die EU und erstelle regelmäßig Fortschrittsberichte.

Rechtsstaatliche Defizite vorhanden

Obwohl Rumänien wie auch Bulgarien die rechtsstaatlichen Prinzipien in ihren Verfassungen festgeschrieben hätten, unterliefen

Justiz und Polizei diese Prinzipien oft willkürlich. Man beobachte eine Machtverschiebung von der Legislative zur Exekutive. Die staatliche Verwaltung werde nur unzureichend kontrolliert. Bei der Umsetzung rechtlicher Normen gebe es noch Defizite. Eine Cliquenwirtschaft setze sich häufig über klare behördliche Vorgaben hinweg. Die verfassungsmäßigen Menschen- und Minderheitenrechte würden zwar nicht systematisch, aber kontinuierlich verletzt. Die organisierte Kriminalität werde nur unzureichend bekämpft.

Politisch unterschiedlich entwickelt

Bei der Beurteilung der Fortschritte müsse immer auch die geschichtliche Entwicklung des jeweiligen Landes berücksichtigt werden. Auch wenn die beiden Balkanstaaten Rumänien und Bulgarien landwirtschaftlich geprägte Strukturen aufwiesen, hätten sie sich doch politisch unterschiedlich entwickelt. Die Ausgangsbedingungen für eine demokratische und marktwirtschaftliche Entwicklung seien vergleichsweise schwierig, hätten aber in einem Aufholprozess wichtige und unumkehrbare Fortschritte gemacht. Helga Trüpel folgerte, man dürfe den Reformprozess in diesen Ländern nicht abbremsen, müsse andererseits aber auch auf die Durchsetzung demokratischer Kriterien drängen.

Dem Vortrag von Helga Trüpel folgte eine längere, kontroverse Diskussionsrunde über die EU-Erweiterung.

Marcus Oberstedt

Kreisverband Hameln Europaschule stellt sich vor

Zu Gast beim Kreisverband war eine der beiden Hamelner Europa-Schulen. Schon seit vielen Jahren ist die Handelslehranstalt eine aktive Europa-Schule. Der Schulleiter und sein Europa-Koordinator berichteten vor einem sehr interessierten Publikum über die vielfältigen Aktivitäten mit dem europäischen und internationalen Ausland. Die Schule unterhält rege Kontakte zu drei Schulen im osteuropäischen Raum. Regelmäßig finden auf Schüler- und auf Lehrerebene gegenseitige Besuche statt. Die Referenten betonten, dass besonders der Kontakt auf Lehrerebene ein Garant für die Nachhaltigkeit solcher Beziehungen ist. Private Besuche und Freundschaften zwischen den Lehrkräften sind die Grundlagen für gelungene pädagogische Zusammenarbeit.

Bilingualer Unterricht

Schon seit vielen Jahren beteiligt sich die Handelslehranstalt am Europäischen Wettbewerb. Schülerinnen und Schüler sind häufig Landes- und Bundessieger sowohl im bildnerischen als auch im schriftlichen Bereich gewesen. Durch bilingualen Unterricht (Englisch) werden für Schüler aus dem kaufmännischen Bereich die internationalen Kompetenzen deutlich erweitert. Außer Englischunterricht bietet die Schule auch noch Unterricht in französischer und spanischer Sprache. Darüber hinaus wird im Unterricht viel über europäische und internationale Probleme gesprochen. Da die jungen Berufstätigen der Zukunft verstärkt internationale Kompetenzen mitbringen müssen, bemüht sich die Schule, diesen Anforderungen gerecht zu werden.

Reinhard Burdinski

Verantwortlich: Rainer Schröer



(v. l. n. r.) Ilse Pscherer, Helga Trüpel MdEP und Marcus Oberstedt

Bild: Europa-Union Niedersachsen

Berlin

Die ersten Europa- schüler haben es geschafft

Pilotklassen der Staatlichen Europa-Schule Berlin (SESB) erhalten ihre Reifezeugnisse

Nunmehr 14 Jahre liegt es zurück, dass sich die ersten Schülerinnen und Schüler mit ihren Eltern dazu entschlossen hatten, eine der Schulen zu besuchen, die sich seit dieser Zeit erfolgreich an dem Schulversuch der Staatlichen Europa-Schule Berlin (SESB) beteiligen. Die SESB bietet einen strikt zweisprachigen, kulturübergreifenden und sprachintensiven schulischen Werdegang, dessen Früchte mit den bilingualen Abschlüssen nach der 10. oder der 13. Jahrgangsstufe geerntet werden können. Nun werden die ersten drei Abiturklassen der Pilotjahrgänge für ihren Fleiß und dem Festhalten an dem europäorientierten Schulkonzept belohnt. Am 22. Juni 2006 bekommen ca. 45 Abiturientinnen und Abiturienten der deutsch-englischen, der deutsch-französischen und der deutsch-russischen Europa-Schule im Rahmen eines Festaktes im Roten Rathaus Berlin persönlich von Klaus Böger, Senator für Bildung, Jugend und Sport, ihre Abiturzeugnisse mit SESB-Profil überreicht.

Fremdsprachen ein Muss

Für das Abitur mit SESB-Profil gilt, dass die SESB-Schülerinnen und -Schüler zwei Prüfungsfächer in der nichtdeutschen Partnersprache und ein schriftliches Prüfungsfach in Deutsch wählen mussten. Das weitere Prüfungsfach musste entweder eine weitere Fremdsprache oder ein in deutscher Sprache unterrichtetes Fach sein. Zusätzlich wird der Besuch der SESB neben dem Abiturzeugnis mit einem Zertifikat dokumentiert, welches u.a. die Aufnahme eines Hochschulstudiums im jeweiligen Partnerland vereinfacht.

Erfolgreiche Initiative

Bis in das Jahr 1978 lassen sich Aktivitäten von Bürgern der Stadt Berlin zurückverfolgen, die sich verstärkt für die Gründung einer Europäischen Schule einsetzten. Im Jahr 1984 konstituierte sich die erste dauerhafte Elterninitiative mit dem Ziel, deren Gründung konsequent voranzutreiben. Seit dem Jahr 1986 beschäftigt sich auch die Europa-Union Berlin mit diesem Thema und richtete speziell hierfür die Arbeitsgemeinschaft „Internationale Schule für Europa“ (AG-ISFE) ein, um die Initiativen in der Stadt zu bündeln.

Übernationale Pädagogik

Die Einrichtung einer Internationalen Schule für Europa sollte die kulturelle Vielfalt Europas zum Ausdruck bringen. Daneben verfolgte die AG-ISFE das Ziel, neue Formen übernationaler Pädagogik entwickeln und den mehrsprachigen Unterricht auf allen Schulstufen verbessern zu können. Erste Realisierungskonzepte wurden der Berliner Senatsverwaltung im Jahr 1987 vorgelegt. Allerdings sah man für die Einrichtung einer Europäischen Schule wegen des Besatzungsstatuts Berlins zum damaligen Zeitpunkt keinen Bedarf.

Sprachliches Vakuum gefüllt

Nach der Wiedervereinigung beider Deutscher Staaten im Jahr 1990 wurde die ISFE-Initiative erneut aufgegriffen. Im November 1991 wurde die Gründung der SESB vom Berliner Abgeordnetenhaus beschlossen. Die Gründung war zunächst eine Antwort auf die historische Situation Berlins. Nach Abzug der Alliierten sollte sie dazu beitragen, das befürchtete sprachliche Vakuum an den Berliner Schulen zu füllen. Außerdem wollte man bildungspolitische Impulse in Richtung eines vereinten Europas geben. In diesem Zusammenhang sprach der Senat von einem „sprachintensiven Schultyp für sprachbegabte Kinder“. Die AG-ISFE hingegen setzte sich für eine „Schule mit Begegnungscharakter“ ein. Ihr war es wichtig, dass Sprachen im Rahmen dieser neuen Schulform als Kommunika-

tions- und nicht als Selektionsmittel verstanden werden.

Genehmigung kam 1992

Seit der Gründung der SESB ist die AG-ISFE an der Weiterentwicklung dieser auf die Stadt Berlin begrenzten Schulform beteiligt. Eingerichtet wurden die ersten SESB-Standorte auf der Basis des Genehmigungsschreibens im Jahr 1992. Die Vorgaben des Genehmigungsschreibens waren die Einrichtung einer Begegnungsschule, in die zu gleichen Teilen Schüler aufgenommen werden sollten, deren Erstsprache Deutsch bzw. eine andere europäische Verkehrssprache ist. Begonnen wurde der Schulversuch mit deutsch-englisch, deutsch-französisch und deutsch-russisch sprachigen Kindern an jeweils zwei Schulstandorten.

Viele Standorte – Viele Sprachen

In den folgenden Jahren kamen Standorte für die Sprachenkombinationen Deutsch-Spanisch (1994), Deutsch-Italienisch (1994), Deutsch-Türkisch (1995), Deutsch-Griechisch (1995), Deutsch-Portugiesisch (1997), Deutsch-Polnisch (1998) hinzu. Sie sind über das gesamte Berliner Stadtgebiet verteilt und bis auf drei Schulen an bestehende Standorte der Berliner Regelschule angegliedert.

Mit Freude stellen wir fest, dass der Schulversuch in ein Regelangebot der Berliner Schullandschaft überführt werden konnte, denn inzwischen gibt es die Europaschulen an achtzehn Grund- und neun Oberschulen, die von ca. 5.600 Schülerinnen und Schülern besucht werden.

Uwe Otto

Weitere Informationen zur SESB finden Sie u. a. unter
<http://www.sesb.de> und
http://www.senbjs.berlin.de/schule/schulische_angebote/thema_schulische_angebote.asp

Verantwortlich: Maren Günther

Schleswig-Holstein

Europa – ist die politische Union am Ende?

Verbandsseminar in Sankelmark

Trotz Schneechaos kamen 50 Teilnehmer zum Verbandsseminar in die Europäische Akademie Schleswig-Holstein an der dänische Grenze, um eine Positionsbestimmung vorzunehmen. In seiner einführenden Rede unterstrich Landesvorsitzender Dieter Lubeseder die Rolle der Europa-Union als Impulsgeber für die Europäische Entwicklung.

Der Kieler Politikwissenschaftler Prof. Dr. Johannes Varwick sieht die EU durch die beiden negativen Referenden auf den Boden der Tatsachen zurückgeworfen. Die komplexe und komplizierte EU-Politik sei für die Bürger nicht durchschaubar und biete wenig Identifikationsmöglichkeit. Diese ließe sich schaffen durch die bessere Vermittlung der Errungenschaften der EU und ggf. einer Trennung des Entwurfstextes in die bürgerfreundlichen Teile I und II als Verfassung und die technischen Teile III und IV als Vertragswerk. Realistischer als die Ratifizierung der (verkürzten) Verfassung schätzt er jedoch die weitere

europäische Integration als ein „muddling through“ ein, also ein „Durchwurschteln“. Auch von der deutschen Ratspräsidentschaft erwarte er keine Wunder.

Das Bild der weiteren europäischen Entwicklung, das Prof. Dr. Hans Apel zeichnet, ist noch düsterer. Die Verfassung sei tot. Die Referenden in Frankreich und den Niederlanden gäben gleich einem Röntgenbild nur einen Einblick in den Zustand des ohnehin schon kranken Patienten Europa. Dessen Zukunft sei geprägt von intergouvernementalen Strukturen der mehreren Geschwindigkeiten. Als Ursache nennt Apel die ausufernde Erweiterung ohne vorherige Konsolidierung und Vertiefung.

Der dänische Journalist Siegfried Matlok skizziert augenzwinkernd die europäische Zukunft positiver. Unter Beachtung zweier „Pfuus“, nämlich dass die Europäische Verfassung für die Dänen nur ein Verfassungsvertrag und dass ein zweiter (europäischer) Präsident für das sympathische kleine Königreich zu viel sei, könne die Europäische Verfassung per Volksentscheid abgesegnet werden. Man habe in Dänemark ja schon Erfahrung darin, Abstimmungen so lange zu wiederholen, bis sie der Regierung passen.

Der französische Politikwissenschaftler Prof. Dr. Henri Ménudier unterstrich die Bedeutung der französisch-deutschen Achse für die europäische Integration. Immer wieder habe es dabei auch Rückschläge gegeben. Mit Frankreich sei europapolitisch erst

nach der Präsidentenwahl im Jahr 2007 wieder zu rechnen. Den Bürgern könne man die Verfassung nicht in gleicher Form zur Abstimmung stellen. Einem Rosinenpicken im Verfassungskuchen erteilte er jedoch eine Abgabe.

Abschied von einem überzeugten Europäer

Im 93. Lebensjahr verstarb Arthur Christiansen, Ehrenbürger der Städte Saint Sébastien sur Loire und Glinde. Er war Mitbegründer einer beispielhaften Partnerschaft zwischen den beiden Städten seit den frühen 60er Jahren. Viele Jahre war er Mitglied des Landesvorstandes der Europa-Union und führte mit Hans Meier auch den Ortsverband Glinde, lange Zeit den größten in Deutschland. Arthur Christiansen war ein überzeugter Europäer, der die Menschen über die Grenzen hinweg zusammenführte. †

Mit einer flammenden Abschlussrede unterstrich Landtagsdirektor Dr. Jürgen Schöning das bisher Erreichte. Noch vor 15 Jahren hätten sich Europäer als Feinde gegenüber gestanden und könnten sich nun als Freunde umarmen. Jetzt hätten 25 plus 3 Staats- und Regierungschefs den Verfassungsvertrag unterzeichnet. Er plädierte für die weitere Ratifizierung, denn er sehe die politische Union und den Verfassungsprozess nicht am Ende. Europa sei schließlich nicht das Problem, sondern die Antwort auf die Probleme der Globalisierung.

Europa-Woche

Am 3. Mai findet ab 18:30 Uhr in der Nordmarkhalle Rendsburg die Eröffnung der Europa-Woche mit Minister Uwe Döring statt. Weiter Informationen zur Europa-Woche (Koordination und Programm) sind bei der Landesgeschäftsstelle der Europa-Union erhältlich.
Faluner Weg 28, 24109 Kiel
Telefon: 04 31 - 9 33 33,
Email: info@europa-union-sh.de

Verantwortlich: Dieter Lubeseder,
Carsten Massau



Prof. Dr. Hans Apel und Siegfried Matlok im Gespräch

Bild: Carsten Massau

Rheinland-Pfalz

213 Schulen machten mit

Der Europäische Wettbewerb ist wiederum ein großer Erfolg. Mit 17.717 Schülerinnen und Schülern beteiligten sich gegenüber dem Vorjahr 4,3 Prozent mehr am Wettbewerb, der die Jugendlichen in altersgemäßen Themen Europas „Vielfalt entdecken und Partnerschaft leben“ lieB, wie sein Motto lautete. Dieses bemerkenswerte Ergebnis wurde trotz der in der Öffentlichkeit entstandenen Irritationen erreicht, die durch einen unverständlichen Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz zur Streichung einer Stelle beim Zentrum für Europäische Bildung, das bundesweit Träger des Wettbewerbs ist, ausgelöst wurden. Andererseits trugen zum Erfolg die wirkungsvolle Zusammenarbeit zwischen Bildungsministerium und Landesverband ebenso bei wie die Unterstützung durch die meisten Kreisverbände, die Kreispreise auslobten. Besonders erfreulich waren die Qualität und die Zunahme der schriftlichen Arbeiten um knapp 40 Prozent. Der Landesjury lagen mehr als 3.000 Arbeiten vor, aus denen 506 Landespreise nach fast dreitägiger Arbeit zu ermitteln waren. Zum Bundesentscheid wurden 196 Arbeiten weitergeleitet.

Tagesveranstaltung

Die 153 ersten Landespreisträger und aus jeder beteiligten Schule ein betreuender Lehrer sind am 30. Mai zu einer Feierstunde nach Bacharach eingeladen, in der die Preise überreicht werden. Danach folgt eine Schiffssonderfahrt zur Loreley.

Europa in die Schule

Das Angebot des Landesverbandes an alle Sekundarschulen, durch sachkundige Mitglieder von den Schulen bestimmte europäische Themen in zweistündigen Erörterungsrunden behandeln zu lassen, fand ein bemerkenswert großes Echo.

Bis zum Redaktionsschluss dieses Blattes meldeten sich 65 Schulen, in denen im Mai 106 Erörterungsrunden mit zusammen rund 4.100 Schülerinnen und Schülern stattfinden. Erfreulich ist die große Anzahl von Haupt-, Regional- und Realschulen.



Im Bad Marienberger Wildpark-Hotel, in dem die Landesjury optimale Arbeitsbedingungen vorfand, stellte sie sich gemeinsam dem zu ihr gehörenden Fotografen: (v.l.n.r.) Claudia Bahner, Manfred Stelter, Uschi Burgard, Jutta Klöckner, Christoph Hildebrand, Dr. Klaus Sundermann, Bernhard Koreng, Gabi Junge, Manfred Däuwel, Ulla Müller-Schmidt, Uwe Langnickel. Bild: Marc Gollon

XXXV. Landeskongress

Der Landesvorstand hat den XXXV. Landeskongress für den 21. und 22. Oktober nach Worms einberufen. Er beginnt mit einer öffentlichen Informationstagung zu aktuellen europapolitischen Fragestellungen. Am zweiten Tag folgt die Verbandspolitik mit Neuwahl des Landesvorstandes. Dabei ist ein Nachfolger für Landesvorsitzenden Ernst-Ludwig Göpfert zu finden, der sich nicht zur Wiederwahl stellt.

Kreisverband Ahrweiler An Recht halten

Bei einer gut besuchten Veranstaltung referierte Benno Garschina über den möglichen Beitritt der Türkei zur EU. Nach historischem Rückblick und Einschätzung der aktuellen Lage in der Türkei forderte Garschina, „die Türkei muss sich vor allem an das Recht halten“.

Kreisverband Birkenfeld Für Partnerschaft

Unter sozialem Europa müsse auch die Unterstützung für weniger entwickelte Länder verstanden werden, erklärte Heinz-Wilhelm Schaumann, stellvertretender Landesvorsitzender und Mitglied im Präsidium der Europa-Union. Selbstverständlich sei für die Europa-Union, überflüssige Bürokratie in der EU zu bekämpfen. In der

lebhaften Diskussion wurde der EU-Beitritt auf absehbare Zeit einmütig abgelehnt, eine privilegierte Partnerschaft hingegen für möglich gehalten.

Kreisverband Mayen-Koblenz Hervorragendes Werk

Der Europäische Verfassungsvertrag sei ein hervorragendes Werk, weil er in 448 Artikeln all das regelt, wofür bisher in den alten Verträgen 1.300 Artikel notwendig waren, führte Ralf Walter MdEP vor zahlreichen Zuhörern aus. Mehr Aufklärung forderte der stellvertretende Landesvorsitzende der Europa-Union, damit die Verfassung schließlich doch noch von der Bevölkerung akzeptiert wird. Mit der Ablehnung der finanziellen Vorausschau für 2007 bis 2013 will das EP einen Haushalt erreichen, der mehr an Wettbewerbsfähigkeit, Solidarität und Flexibilität orientiert sei, meinte der Vizevorsitzende des Haushaltsausschuss.

Kreisverband Neuwied Wiederwahl

Der Geschäftsbericht mit Schwerpunkt Europäischer Wettbewerb und der Kassenbericht mit „schwarzen Zahlen“ fanden die Zustimmung der Mitgliederversammlung, so dass der Wiederwahl des bisherigen Vorstandes mit Hermann-Josef Jungbluth an der Spitze nichts mehr im Wege stand.

Verantwortlich: Manfred H. Däuwel

Saarland

Interregionale Presse in Saar-Lor-Lux stärken

Offene Landesausschusssitzung in Saarbrücken

Vor rund 30 interessierten Gästen stellte Journalist Georges Wagner-Jourdain in den Räumen der Handwerkskammer des Saarlandes die Arbeit des „IPI“ vor. „IPI“ ist ein unabhängiger Zusammenschluss von hauptberuflich tätigen Journalisten in der Großregion Saarland/Lothringen/Luxemburg/Wallonien/Rheinland-Pfalz. Gegründet wurde „IPI“ 1993/1994 und hatte bislang durchschnittlich 120 Mitglieder. Ziel ist die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Journalisten.

Im Anschluss sprach sich der Präsident der Europäischen Bewegung im Saarland, Hanno Thewes, für eine Fortsetzung der Finanzierung des „IPI“ durch die Regierungen der Großregion aus. In einem Schreiben an den Vorsitzenden des Saar-Lor-Lux-Gipfels, den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck, plädiert Thewes dafür, das erfolgreiche interregionale Netzwerk von Journalisten auch weiterhin zu unterstützen. Das „IPI“



Landesvorstandsmitglied Dr. Lothar Kuntz im Gespräch mit Georges Wagner-Jourdain (l.)
Beide Bilder auf dieser Seite: Europa-Union Saar

leiste einen wichtigen Beitrag zur Identität der Großregion, da das Bild in den Medien grundlegend die Meinung der Bürger beeinflusse. Bei der grenzüberschreitenden Information über Themen und Fakten aus der jeweiligen Nachbarregion gäbe es großen Nachholbedarf. Ein Journalistennetzwerk wie „IPI“, das seit einem Jahrzehnt erfolgreich aufgebaut wurde, dürfe jetzt nicht zerschlagen werden, so Thewes. Die Regierungschefs der Großregion wollen die institutionelle Förderung des „IPI“ schrittweise auslaufen lassen. Thewes erklärte, ein Umstieg auf Projektförderung sei angedacht, allerdings müssten von der Politik jetzt auch konkrete Vorgaben gemacht werden. In dem Brief an Kurt Beck wird deshalb vorgeschlagen, eine interregionale Arbeitsgruppe aus Vertretern der Regierungen und des „IPI“ einzusetzen, um Möglichkeiten für den dauerhaften Bestand von „IPI“ auszuloten.



Akteure der Jahresauftaktveranstaltung: (v. l. n. r.) Ehrenlandesvorsitzender Arno Krause, Martina Schütz, Landesvorsitzender Hanno Thewes, Manfred O. Klein und Marcel Adam.

Jahresauftakt der Europa-Union an der Saar

„Marcel Adam ist für die Europäer der Saar-Lor-Lux-Superstar,“ so Landesvorsitzender Hanno Thewes bei der Jahresauftaktveranstaltung der Euro-

pa-Union vor Vertretern aus Politik, Kultur, Gesellschaft und Medien in Saarbrücken. Marcel Adam verkörpere wie kein zweiter Chansonnier das interkulturelle Profil der Region. Die Europa-Union informierte in der Jahresauftaktveranstaltung über die Aktivitäten für das erste Halbjahr 2006. Anschließend präsentierte Marcel Adam einige Stücke aus seinem Repertoire und stellte auch Chansons aus seiner neuen CD vor.

Ich möchte Mitglied der EUROPA-UNION Deutschland werden.

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Wohnort _____

Beruf _____

Telefon _____

Fax _____

Email _____

Geburtsdatum (freiwillig) _____

Werber _____

Der Mitgliedsbeitrag wird gemäß der geltenden Beitragsordnung der Landesverbände erhoben und beträgt derzeit in der Regel jährlich 43 € (ermäßigt 21,50 €). Darin eingeschlossen ist der Bezug der Mitgliederinformation „Europa aktiv“.

Zudem erwerbe ich (ohne Mehrkosten) die Mitgliedschaft bei den Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) bis zum 35. Lebensjahr.

Ich ermächtige die Europa-Union, den Jahresbeitrag per Lastschrift einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

Geldinstitut: _____

BLZ: _____

Diese Erklärung gilt bis zu meinem schriftlichen Widerruf.

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Bitte senden an:
EUROPA-UNION Deutschland
Jean-Monnet-Haus
Bundesallee 22,
10717 Berlin



Hessen

Kreisverband Groß-Gerau Pioniere der europäischen Einigung

Die Europa-Union und die italienischen Organisationen im Kreis Groß-Gerau feierten gemeinsam 50 Jahre Anwerbevertrag. Man war sich schnell einig: Italienische Organisationen, Europa-Union, Katholische Kirche, Gewerkschaften u. a. Ja, man wollte den 50-jährigen Beginn der europäischen Migration („Gastarbeiter“) gemeinsam begehen und damit etwas tun gegen die neuerlichen Abschottungstendenzen in „Kern-europa“. Es war auch einfach eine Frage des Respekts gegenüber den italienischen Mitbürgern, deren Bilanz ihres Lebensweges durchweg positiv ist.

Das Projekt enthielt: ein Manifest mit Übergabe an den Landrat, Beflaggung im Kreis (italienische, deutsche und Europafahne) am 20. Dezember, einen ganzseitigen Bericht in der Lokalzeitung „Mainspitze“, einen Empfang mit Talk-Show im Centro Italiano in Groß-Gerau, eine Ausstellung zu 50 Jahren Italiener im Kreis, flankierende Vorträge, zahlreiche Presseartikel und vieles mehr.

„Die lieblosen Holzbaracken warten, und es wird dauern, bis die ersten ernstzunehmenden Wohnungen bezogen werden können – bis man auch in Rüsselsheim im Anschluss an eine Landesversammlung der Europa-Union (1971) für Sozialwohnungen statt Kasernen demonstriert. Italiani – sie kommen an, mit ebenso tapferen wie verzweifelten Gesichtern, Frau und Kind in großer Ferne, in den Anfangszeiten oft Bauernsöhne aus bis zu 16-köpfigen Großfamilien mit zwei Ziegen im Stall und einem Gemüsegrätzchen daneben. Und ohne Arbeit, auf Gedeih und Verderb dem ‚Padrone‘ ausgeliefert – zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel. Die buchstäblichen Habseligkeiten in Kartons und Holzkoffern, keines deutschen Wortes mächtig, viele von ihnen Analphabeten. Am Ende einer ‚Via mala‘ aber werden sie unverzichtbarer Bestandteil



Delio Miorandi (l.) und Siegfried Münzer beim Durchblättern des dicken Dokumentationsbandes
Bild: Pierre Dietz

deutschen kulturellen Selbstverständnisses sein, von der Espressotasse über die Pizza und die Artischocke zum Eiscafé, von der Chianti-Karaffe bis zu den Schlagern, vom Urlaubserlebnis am Gardasee bis zur Veränderung der politischen Landschaft.“

Delio Miorandi charakterisiert die gigantische Entwicklung, die seine Landsleute genommen haben, indem er diese Entwicklung zwischen dem Ziegenstall und der Tatsache aufspannt, dass Giovanni Baranelli für die SPD heute im Kreistag sitzt und Guido Casu dem Rüsselsheimer DGB vorsteht. „Wir sind“, sagt er, „einst als Bittsteller gekommen, und heute sind wir in Augenhöhe“. Und: „Die Leistung im Stillen besteht darin, dass die Italiener Wegbereiter für die anderen Nationen gewesen sind“ (aus der Spezialeise in der „Mainspitze“ von Claus Langkammer). Siegfried Münzer, Geschäftsführer der Kreis-Europa-Union, fügt an: „Wir empfinden das Fremde als Bereicherung, nicht als Bedrohung. Integration ist heute nicht mehr so sehr ein Problem der gleichen Stellung im Arbeitsprozess, auch nicht so sehr der rechtlichen

Gleichstellung, sondern jenes der Werte und der gesellschaftlichen Lebensformen. Echte Annahme setzt aktive Bemühung beider Seiten voraus.“

Kreisverband Wiesbaden

Unter der Leitung seines Vorsitzenden Dr. Karl Obermayr besuchte der Kreisverband erneut das Europäische Parlament in Straßburg und bot somit wieder einmal zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern aus der Region Wiesbaden-Rheingau-Taunus die Möglichkeit, Europapolitik hautnah zu erleben. Ein besonderer Dank galt beim jüngsten Besuch dem Europaabgeordneten Michael Gahler, der bereits mehrfach die Europa-Union

im Europäischen Parlament in Brüssel und Straßburg empfangen hat. Das aktuelle politische Tagesgeschehen – dargestellt von Michael Gahler MdEP – interessierte die Zuhörer besonders und regte zur lebhaften Diskussion an.

Verantwortlich: Dr. Norbert Wett



Michael Gahler MdEP (l.) und Dr. Karl Obermayr
Bild: Europa-Union Wiesbaden

Nordrhein–Westfalen

Mehr Europa gemeinsam gestalten

Verbandsseminar des Landesverbandes

Am 4. März besprach der Landesverband im Rahmen eines Seminars das Strategiepapier des Bundesverbandes zum Thema „Mehr Europa gemeinsam gestalten“ und beriet darüber, neue Methoden zu finden, wie man das „Produkt Europa“ den Bürgern besser vermitteln kann. Landesvorsitzender Dr. Heinrich Hoffschulte referierte über mögliche Kooperationen mit den Kommunen, Städten und Gemeinden. Weitere Referenten waren Dr. Hans Georg Meyer und Landesgeschäftsführer Dr. Pantaleon Giakoumis. Dabei stand die Kooperation mit anderen Einrichtungen wie Gesellschaften, Vereinen, Kirchen u. a. im Vordergrund.



Landesseminar beriet über neue Strategien der Verbandsarbeit für Europa
Bild: Europa-Union NRW

Ortsverband Haan Schwerpunkt Schweden

Mit unverändertem Vorstand geht der Kreisverband in sein 25. Jahr. Gerhard Mayer bleibt auch in den nächsten beiden

Jahren Vorsitzender. Im vergangenen Jahr präsentierte der Verband mit großem Erfolg das Land Belgien. Im laufenden Jahr wird Schweden das Partnerland sein. Sonja Städtler, die seit vielen Jahren in Haan lebt, machte in einem Vortrag über ihr Heimatland den Anfang der Informationsreihe über Schweden. Weitere Veranstaltungen werden folgen.

Kreisverband Steinfurt

Wo stehen wir heute?

Am 16. Februar fand die diesjährige Mitgliederversammlung statt. Als Referent war der Europaexperte und Professor für internationale und Europapolitik an der Universität Münster, Prof. Dr. Wichard Woyke (Mitglied der Europa-Union Münster) eingeladen. Er referierte zum Thema: „Europa – wo stehen wir heute? Eine Bestandsaufnahme“. Professor Woyke stellte die Probleme für die EU, die nach der Ablehnung der EU-Verfassung durch die Niederlande und Frankreich entstanden sind, dar. Er glaubt nicht, dass das Verfahren der Ratifizierung in den Ländern der EU gestoppt wird, zumal bis heute 14 Länder den Verfassungsvertrag ratifiziert haben.

Kreisverband Duisburg

Europa Talk

Am 2. März fand im Ratsaal des Rathauses eine interessante Podiumsdiskussion statt. In Kooperation mit der Vertretung der EU-Kommission und der Stadt

Duisburg diskutierten am Plenum bekannte Politiker. Teilnehmer waren u.a. NRW-Europaminister Michael Breuer, Prof. Dr. Klaus Hänsch MdEP, Ursula Heinen MdB, Erwin Schmitz, Geschäftsführer der EUREGIO, sowie Prof. Dr. Jürgen Axt von der Universität Duisburg. Die Moderation führte die Leiterin der regionalen Vertretung der EU-Kommission in Bonn, Barbara Gessler.

Kreisverband Neuss

Grundrechtscharta

Der Kreisverband veranstaltete in Kooperation mit der „Europe direkt“-Stelle für den mittleren Niederrhein ein europapolitisches Seminar zum Thema „Die EU-Grundrechtscharta als fester Bestandteil der EU-Verfassung“. Als Referent war Dr. Jörg Geerlings vom Institut für öffentliches Recht und Verwaltungsrecht an der Universität Köln eingeladen. Die Grundrechtscharta künde nicht nur von Freiheitlichkeit, sondern mache zusammen mit dem übrigen Text ein Sozialmodell sichtbar, das dem einer sozialen Marktwirtschaft entspreche. Zudem werde die Grundrechtscharta mit Recht „für eine bedeutsame Leistung der europäischen Rechtskultur gehalten“.

Goldene Ehrennadel für Erich Heckelmann

Am 2. März wurde im Kreishaus Neuss der Präsident der Europäischen Bewegung NRW, Erich Heckelmann, anlässlich seiner 50-jährigen Mitgliedschaft in der Europa-Union mit der Überreichung der Goldenen Ehrennadel geehrt. Er war 1976 Mitbegründer des Kreisverbandes, Landtagsabgeordneter und Bürgermeister der Stadt Grevenbroich. Im Beisein vom Landrat Dieter Patt und der Europabeauftragten Ruth Harte überreichte Landesvorsitzender Dr. Heinrich Hoffschulte dem Jubilar die Ehrennadel mitsamt Urkunde. Umrahmt wurde das Programm musikalisch von Klaus Dieter Großmann.

Verantwortlich: Dr. Pantaleon Giakoumis



Erich Heckelmann bedankt sich nach der Verleihung der Goldenen Ehrennadel im Kreishaus Neuss
Bild: Europa-Union NRW

Sachsen-Anhalt

Die Einheit in Vielfalt suchen

Neujahrsempfang des Kreisverbandes Magdeburg

Am 27. Februar hatte der Kreisverband zu seinem traditionellen Neujahrsempfang eingeladen. Gastredner der Veranstaltung im Magdeburger Inter-City Hotel war der österreichische Botschafter in Berlin, Dr. Christian Prosl. Vor den zahlreich erschienenen Mitgliedern und Freunden der Europa-Union referierte er mit unnachahmlichen „Österreichischer Charme“ darüber, was sein Land sich für die sechs Monate der EU-Ratspräsidentschaft auf die Fahnen geschrieben hat. Dazu schreibt die Magdeburger Volksstimme unter

anderem: „Die Alpenrepublik wolle nach dem Modell der österreichischen Sozialpartnerschaft Fingerspitzengefühl statt Holzhammer walten lassen. ‚Bei uns trinkt man erst mal ein Glas zusammen‘, um die insgesamt 200 Arbeitsgruppen des Europäischen Rats zu Resultaten zu führen.“ Getreu dem Grundsatz „die Einheit in Vielfalt zu suchen“ sollten die nationalen Interessen im Sinne Europas hintangestellt werden. Die politischen Ereignisse gleich zu Beginn des Jahres – Russland sperrte der Ukraine den Gashahn ab – zwingen Österreich für das kommende Halbjahr ein neues Thema auf die Agenda zu nehmen, insbesondere Strategien für eine gemeinsame europäische Energiepolitik zu entwickeln.

Als weitere wichtige Punkte nach der politischen Einigung auf eine Finanzvorschau von 2007 bis 2013 sieht der Botschafter die Verteilung des 800-Milliarden-Euro-Budgets, die Reduzierung der Zahl von 19 Millionen Arbeitslosen sowie Fortschritte im Verfassungsprozess. Im Gegensatz zu anders lau-

tenden Stimmen sieht Wiens Vertreter diesen Prozess nicht als beendet an. Sicher sei es schwierig, den 250 Seiten umfassenden Vertrag den Menschen zu verdeutlichen. Dies kann jedoch gelingen, wenn die emotionale Beziehung der Europäer zu ihrer Verfassung gestärkt wird. Des Weiteren betonte der Botschafter zahlreiche parallele Sichten Österreichs und Deutschlands in der Bewertung europäischer Angelegenheiten.

Abschließend ging der Botschafter auf die Erweiterung der Europäischen Union ein. Bei einer Europäischen Union mit 25 Staaten wird es nicht bleiben. Beitrittsverträge sind mit Rumänien und Bulgarien abgeschlossen. Am 17. Mai berichtet die EU-Kommission darüber, ob ein Beitritt zum 1.1.2007 erfolgen kann.

Im Anschluss an den Vortrag und die Diskussion bestand bei einem kleinen Imbiss in gemütlicher Atmosphäre Gelegenheit zum Gedankenaustausch.

Verantwortlich: Alexandra Mehnert

Mecklenburg-Vorpommern

„Kontakte knüpfen, Fähigkeiten entdecken, Wissen austauschen“

In der 1. Ausgabe einer neuen Beilage zur Neubrandenburger Zeitung „Nordkurier“, die sich besonders den Senioren widmet, war am 10. März 2006 unter obiger Überschrift ein Beitrag zu lesen, der auch für andere Landes- und Kreisverbände von Interesse sein kann: „Viele Bürger, Vereine und Institutionen haben in den vergangenen Jahren das Informations- und Bildungsangebot genutzt, welches durch den ‚Bildungsring Europa‘ Mecklenburg-Vorpommern vermittelt wurde“, freut sich Anke Deckert. Der Bildungsring arbeitet im Auftrag der Europa-Union. „Offen für alle Bürger, keiner Partei und keiner Religion verpflichtet, stellen wir in den Mittelpunkt unserer Veranstaltungen, die Menschen mit Herz und Verstand für die europäische Idee zu gewinnen sowie Europa und Europakompetenz zu vermitteln“, erläutert die Landesgeschäftsführerin der Europa-Union weiter. „Das Erforder-

nis, ein Leben lang zu lernen, musste vielen Senioren nicht vermittelt werden, aber das lebenslange Lernen muss organisiert werden. Die Senioren standen also bald im Europahaus Neubrandenburg, und hier waren sie richtig.“ Ein breit gefächertes Programm erwartet hier die älteren Bürger. Seminare, Vortragsveranstaltungen, Foren, Treffen und Begegnungen mit Bürgern anderer Länder, Bildungsreisen und anderes mehr. In Neubrandenburg wurde die Seniorenakademie aufgebaut. Doch wer meint, Senioren sitzen nur auf der Schulbank, das ist ein Irrtum. „Bildungsreisen sind sehr gefragt“, weiß Anke Deckert aus Erfahrung. „Keine Erholungsreisen, hier wird vor Ort gelernt – ob im Museum für Deutsche Geschichte Bonn oder beim Besuch des Handels- und Wirtschaftszentrums Frankfurt am Main.“

Kreisverband Rostock Jahresversammlung

Der Kreisverband hat im Kontext mit dem Bericht über den jüngsten Bundeskongress die eigene Arbeit analysiert und sich neue Ziele

gesetzt. Im Mittelpunkt stand der Meinungsaustausch zum europäischen Einigungsprozess. Der Kreisvorsitzende Reinhold Griese hob hervor, dass neue Überlegungen notwendig seien, um in Anknüpfung an nationale Entwicklungen stärker über ein „europäisches Sozialmodell“ der Zukunft nachzudenken. Gerade in der Diskussion über die Verbandsstrategie im Bundesverband werden solche Fragen wichtig sein, um das Interesse an der europäischen Entwicklung neu zu beleben. Die Kreisversammlung bestätigte ein anspruchsvolles Arbeitsprogramm für 2006. Im Mittelpunkt der Veranstaltungen stehen u.a. Probleme der Integration ausländischer Mitbürger in Rostock, Informationen zum Judentum in Vergangenheit und Gegenwart in Europa mit regionalem Bezug als Beitrag zur aktuellen Auseinandersetzung mit rechter Ideologie sowie neue Fragen des Verbraucherschutzes. Darüber hinaus werden die Begegnungsveranstaltungen in Europa durch eine Studienfahrt nach Kroatien fortgesetzt. Positiv entwickelt sich die konkrete Zusammenarbeit mit den anderen Kreisorganisationen sowie mit dem Bildungsring „Europa“ des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern.

*Prof. Dr. Joachim Gasielki
Verantwortlich: Anke Deckert*

Baden-Württemberg Landessatzung modifiziert

Europa ist ein Werk ideeller Gemeinsam- keiten

Gemeinsamer Neujahrsempfang im Landtag

Im Jahr 2006 warte harte Kärnerarbeit auf alle, die Europa wohl gesonnen seien. Darauf hat der Präsident des Landtags von Baden-Württemberg, Peter Straub, beim gut besuchten gemeinsamen Neujahrsempfang des Landeskomitees der Europäischen Bewegung und der Europa-Union im Haus des Landtags hingewiesen. Es müsse deshalb sichtbar gemacht werden, dass das vereinte Europa nicht das Resultat einer vordergründigen Kosten-Nutzen-Analyse sei, sondern das Werk der ideellen Gemeinsamkeiten.

Der Landtagspräsident, der auch Präsident des Landeskomitees der Europäischen Bewegung ist – die vorausgegangene ordentliche Mitgliederversammlung war zügig und einvernehmlich abgewickelt worden – unterstrich in seiner Ansprache, die „europheilen“ Netzwerker des Landes seien durch Krisen gestählte Optimisten, die dem Jahr 2006 trotzdem frischen Mutes entgegenblickten.

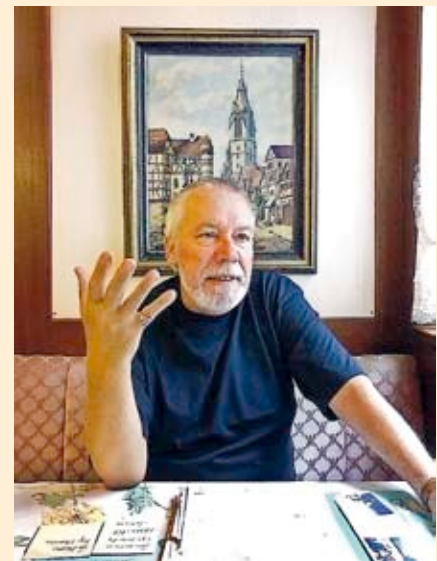


Mit Optimismus weitermachen – Landtagspräsident Peter Straub
Bild: Manfred Nedele

Im Mittelpunkt einer Außerordentlichen Landesversammlung standen Änderungen der Landessatzung, die nach den Worten des Landesvorsitzenden, Rainer Wieland MdEP, eine zeitgemäße und flexiblere Struktur und den Kreisverbänden die Freiheit bringen sollen, diese nach eigenem Ermessen auch auszufüllen. Grundlage dieser Änderung, die einvernehmlich gebilligt wurde, war eine vom Landesausschuss erörterte und verabschiedete „Vorlage des Landesvorstandes zur Anpassung der Landessatzung an die Erfordernisse einer effektiven Verbandsarbeit“.

Kreisverband Reutlingen Neuer Schwung

Der Kreisverband ist wieder belebt worden. Die jüngste Mitgliederversammlung des seit 60 Jahren bestehenden Verbandes wählte den diplomierten Sozialpädagogen Herbert Leitze zum neuen Vorsitzenden. Der Schatzmeister, Prof. Albert Hagenloch, wurde vom bisherigen kommissarischen Kreisvorsitzenden Manfred Nedele mit Worten des Dankes und der Anerkennung für rund 20-jährige treue Mitarbeit verabschiedet. Der neu gewählte Kreisvorsitzende, der bei seiner beruflichen Tätigkeit als Fachberater für außerschulische Bildungs- und Jugendarbeit beim Landkreis Reutlingen Maßstäbe gesetzt hat, rief die Versammlung auf, bei der Arbeit für „ein Europa der Bürger“ aktiv mitzuwirken. Europa finde nämlich nicht nur in Brüssel und Straßburg statt, sondern immer mehr auch auf der örtlichen Ebene, also gleichsam vor der eigenen Haustüre. Und da müsse den Menschen das Gefühl gegeben werden, dass sie „nicht europäisch verwaltet werden“, sondern sich neu einbringen könnten in den europäischen Integrationsprozess, und zwar zwischen den „Traditionalisten und Modernisierern“.



Neuer Kreisvorsitzender in Reutlingen: Herbert Leitze
Bild: Marinko Belanov (Reutlinger Nachrichten)

Kreisverband Heilbronn Neues Leben einhauchen

Eine sehr positive Resonanz fand das Angebot des rührigen Kreisvorsitzenden, Heinrich Kümmerle, gleichsam vor Ort Kontakt mit Europa aufzunehmen: Genau 46 Schülerinnen und Schüler sämtlicher Schularten des Kreises nutzten diese Gelegenheit dann bei einer lebhaften Diskussion mit Landesvorsitzendem Rainer Wieland MdEP im Europäischen Parlament in Straßburg. Die jungen Leute, so Kreisvorsitzender Kümmerle, hätten all das vorgebracht, was „ihr Herz in Sachen Europa bewegt“ – von der Frage nach der Zukunft der europäischen Integration bis hin zum Umgang beispielsweise mit der Dienstleistungsrichtlinie. Das Fazit dieser anregenden Diskussion sei der Wunsch nach einer Fortsetzung mit den Jungen Europäern gewesen. Auch die begleitende Fachlehrerin, Ruth von Hirschheydt, habe sich spontan bereit erklärt, hierbei mitzuwirken. Der Kreisverband wolle mit solchen Veranstaltungen, in deren Verlauf man sich bestens gegenseitig austauschen könne, „der Diskussion um Europas Zukunft neues Leben einhauchen“. Deshalb sei die nächste Reise, so Kümmerle, bereits geplant.

Verantwortlich: Manfred Nedele

Hamburg

Europa – sicher in der Welt?

Perspektiven der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungs- politik

Die Bedeutung eines gemeinsamen Auftretens der Europäischen Union auf der Weltbühne wächst zunehmend. Das gilt sowohl für die Verteidigung als auch für die Beilegung von Konflikten. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist deshalb eines der Schwerpunktthemen des

erweiterten Europa und auch für Hamburg als Wirtschafts- und Bundeswehrstandort von besonderem Interesse. Vor diesem Hintergrund laden die Europa-Union Hamburg und der Info-Point Europa im Rahmen der Europawoche 2006 ein zu einer öffentlichen Podiumsdiskussion zum Thema „Europa – sicher in der Welt?! – Perspektiven der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“. Diese in Kooperation mit dem Europa-Kolleg Hamburg und der Führungsakademie der Bundeswehr Hamburg geplante Veranstaltung findet am Donnerstag, 11. Mai, um 20 Uhr im „Saal über den Dächern Hamburgs“ des Steigenberger Hotels Hamburg, Heiligengeistbrücke 4 (U-Bahnhof Rödingsmarkt / S-Bahnhof Stadthausbrücke), statt. Über die Perspektiven der Europäischen Sicherheits- und

Verteidigungspolitik diskutieren die Europaabgeordnete der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz, Angelika Beer, Mitglied im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlaments, und Hans-Bernhard Weisserth, Referatsleiter für Verteidigungsaspekte im Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union. Die Gesprächsleitung übernimmt der Hamburger Europaabgeordnete und Landesvorsitzende der Europa-Union Hamburg, Dr. Georg Jarzembowski.

Verantwortlich: Bettina Thöring

Thüringen

Europäische Gesund- heitspolitik diskutieren

Griechin aus Gera wird neue Landesvorsitzende

Wasiliki Chalastra-Noack, Leiterin des Europahauses Gera, übernimmt den Landesvorsitz von Ulla Kalbfleisch-Kottsieper, der Vizepräsidentin der Europa-Union, die sich beruflich von Thüringen weg zum westlichen Balkan hin orientiert hat. Unterstützt wird die neue Vorsitzende durch Klaus Kessler aus Erfurt, Dr. Olaf Lisse aus Jena, Klaus Salmann aus Rudolstadt sowie den Experten für europäische Verfassungsfragen, Dr. Martin Borowsky. Landesschatzmeister ist Herbert Jakob aus Erfurt. Im Juni soll der Vorstand noch komplettiert werden, um auch Vertreter aus weiteren Thüringer Regionen einbinden zu können.

Im Mittelpunkt der Landesversammlung stand neben den Wahlen das Thema Europäische Gesundheitspolitik, das gerade im Zusammenhang mit den Ereignissen um die Vogelgrippe von außerordentlicher Aktualität ist. Dr. Constanze Abig von der Univer-

sität Jena machte in ihrem ausgezeichneten Vortrag deutlich, dass die EU im Grunde genommen dringend mehr Kompetenzen im Gesundheitsbereich braucht, dass sie aber auch mit den vorhandenen Kompetenzen zur Koordinierung der mitgliedstaatlichen Gesundheitspolitiken schon einiges erreichen konnte. Beste Beispiele sind der Nichtraucherschutz und die Debatte um Arbeitszeiten der hochbelasteten Krankenhausmediziner. Thüringen als eine Region, in der touristische Angebote gerade auch in Kombination mit Gesundheits- und Wellnessangeboten wichtige Wirtschaftsfaktoren sind, muss sich um die Inhalte des derzeit im Europäischen Parlament diskutierten neuen Aktionsprogramms Gesundheit und Verbraucher intensiv kümmern, das wünschte sich die scheidende Landesvorsitzende Ulla Kalbfleisch-Kottsieper und ist optimistisch, dass die gelernte Ärztin Wasiliki Chalastra-Noack auch hier die richtigen Akzente setzen kann.

Die Europa-Union Thüringen wird – auch mit Hilfe der Thüringer Europaabgeordneten – an diesem Thema dranbleiben, dies versicherte auch Dr. Dieter-Lebrecht Koch MdEP aus Weimar, der der bisherigen Vorsitzenden für ihre langjährige engagierte Arbeit dankte.

Klara Korn

Verantwortlich: Wasiliki Chalastra-Noack



Impressum

2/2006

**EUROPA AKTIV –
Aktuelles aus Politik und Verbandsleben**

Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e.V.
Bundesallee 22, 10717 Berlin
Tel.: (0 30) 88 67 66 20, Fax: (0 30) 88 41 22 47
E-Mail: info@europa-union.de
Internet: www.europa-union.de

Redaktion:

Heinz-Wilhelm Schaumann (v. i. S. d. P.),
Birgit Kößling

Redaktionsanschrift:

Hardtbergstraße 23a, 53507 Dernau/Ahr
Tel.: (0 26 43) 90 16 04, Fax: (0 26 43) 90 25 52
E-Mail: redaktion@europa-aktiv.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 10.03.2006.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Layout & Satz:

Pegasos-Publikationen, Unkel
Tel.: (0 22 24) 7 92 23, Fax: (0 22 24) 96 17 63
E-Mail: info@pegasos-publikationen.de

Druck:

Raiffeisendruckerei GmbH, Neuwied
Internet: http://www.raiffeisendruckerei.de

Redaktionsschluss Ausgabe 3/2006:
25. Mai 2006